

sozialdemokratischer pressediens

P. XXV/221

23. November 1970

Strauß und seine "Nationale Sammlungsbewegung"

Erste Analyse des bayerischen Wahlergebnisses
vom 22. November

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Soldaten auf der Proteststraße

Feststellungen zu den Aktionen des Bundeswehr-
Verbandes

Seite 3 / 37 Zeilen

Südamerika und die Bundesrepublik

Eine nüchterne Beurteilung der realistischen
Fakten

Von Joachim Raiffert SPD-MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des
Bundestages

Seite 4 und 5 / 52 Zeilen

Leistungen und Perspektiven

Ein Jahr sozialliberale Regierungsverantwortung

Karl Schiller: Wirtschafts- und Agrarpolitik

Seite 6 bis 9 / 210 Zeilen

Strauß und seine "Nationale Sammlungsbewegung"

Erste Analyse des bayerischen Wahlergebnisses vom 22. November

Der 22. November 1970 hat mit dem Aufsaugen der rechtsradikalen NPD in die CSU die von Franz-Josef Strauß angekündigte "Nationale Sammlungsbewegung" in einem bedrückenden Ausmaß Tatsache werden lassen. Der allzu eilfertige Versuch des CSU-Vorsitzenden, schon in seiner allerersten Fernseh-Wortmeldung diesen eklatanten Rechtskurs abzuleugnen und die von der NPD abgezogenen Stimmen anderen Parteien zuzuschenzen, sprach für sich selbst. Nur hilft ihm dieses Abwehren nichts mehr. Die Zahlen, die für die einzelnen Stimmkreise dieses massenweise Abwandern der "Nationalen" von der zerbrechenden Thadden-Partei in die potentere Strauß-Partei im einzelnen noch nachweisen werden, lassen sich nicht wegmanipulieren und schon garnicht umfunktionieren. Strauß hat bekommen, was er wollte. Er wird damit leben müssen.

Bayern und die übrige Bundesrepublik freilich auch. Wir alle werden uns mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen haben, mit dem uns der 22. November konfrontiert hat. Gewiß hat der bayerische Wahltag in dieser Weise volle Klarheit gebracht. Strauß und seine "Nationale Sammlungsbewegung" sind keine bloße Phrase und keine imaginäre Größe mehr. 25 Jahre nach Kriegsende sehen wir uns einem politischen Potential gegenüber, das, anders als die schwächlichen Versuche der Rechtsextremisten selber, faktisch eine wirkliche "Rechte" darstellt, die nicht nur die absolute Mehrheit in einem Bundesland besitzt, sondern auch im Bundestag über 49 Mandate verfügt, die künftig zweifellos als geschlossene und disziplinierte Gruppe, als vierte Partei, sprechen und agieren werden. Das allein schon ergibt ein neues

Bild in der Bundesrepublik und von der Bundesrepublik. Es hat keinen Zweck, sich über diese Tatsachen und ihre Folgen hinwegtäuschen zu wollen.

Wohin immer der Weg der rechts von der Mitte angesiedelten Strauß-Partei noch hingehen wird, das kann man heute erst vermuten. Die ersten Merkposten aber kennen wir. Das harte Nein zur Ratifizierung des Moskauer Vertrages, das bruske Nein zum Warschauer Abkommen zirkeln diesen Weg nach außen ab. Nach innen kann es auch keine großen Überraschungen geben, wenn man das Taktieren der CSU in der letzten Zeit genau verfolgt hat. Diese markanten Wegzeichen gilt es also nüchtern und sorgsam einzukalkulieren, um seine eigenen Schritte und Züge entsprechend gehen und tun zu können. Dabei wird man auch das jetzt mehr als bisher tendenzbestimmende Einwirken auf die CDU nicht übersehen dürfen, die die Konsequenzen dieses 22. November noch heftig zu spüren bekommen wird.

Die Koalitionspartner sind, ungeachtet der bedauerlichen Einbußen der SPD, angesichts des heftigen- und skrupellosen Wahlkampfes der Strauß-Partei im ganzen gut aus der Wahlschlacht herausgekommen. Der Vergleich mit den Zahlen der Bundestagswahl zeigt es. Die Rückkehr der FDP ins Maximilianeum ist nach Hessen ein neues und wertvolles Positivergebnis für die Standfestigkeit des Koalitionspartners. SPD und FDP haben in Bonn den Rücken jetzt frei für eine ebenso entschlossene wie entschiedene Fortsetzung der progressiven Regierungstätigkeit, wobei ein bißchen mehr "speed" nicht schaden sollte.

Wie gesagt: Die Fronten sind klar und abgesteckt. Der 22. November 1970 hat reinen Tisch gemacht. Niemand kann mehr sagen, er wüßte noch nicht Bescheid. Man muß nun danach handeln.

+ + +

Soldaten auf der Proteststraße

Feststellungen zu den Aktionen des Bundeswehr-Verbandes

Die Besoldungs-Protestaktion der rund 140.000 im Deutschen Bundeswehr-Verband organisierten Soldaten - sicher ein ungewohntes Bild - findet keinen ungeteilten Beifall. Zwar ist sie "Legal" und verstößt gegen kein Gesetz der Bundesrepublik, aber sie löst eben doch ein sehr berechtigtes Unbehagen aus. Das beginnt mit dem Vorwurf im Flugblatt des Verbandes "Die Soldaten der Bundeswehr werden von der Bundesregierung als Konjunkturbremse mißbraucht" und endet mit dem Auftreten von Soldaten in Uniform in den Protestversammlungen. Und wer die Worte eines maßgebenden Sprechers des Bundeswehr-Verbandes hört, der der Bundesregierung vorwirft, sie biete auf dem Gebiet der Besoldungskonzeption "ein Bild der Ratlosigkeit, der Unentschlossenheit und der inneren Zerstrittenheit", der muß vollends an der Behauptung der Verbandsspitze zweifeln, diese Aktion sei absolut unpolitisch. Daß die Versammlungswelle zudem unmittelbar vor den bayerischen Landtagswahlen eben in Bayern begonnen hat, konnte doch auch kaum als Zufall angesehen werden.

Kein Zweifel: Auch die Soldaten haben das Recht zum Protest. Wer den Staatsbürger in Uniform will, darf sich nicht wundern, wenn der von seinen gesetzlichen Möglichkeiten Gebrauch macht. Und was den Polizisten Recht ist, sollte den Soldaten billig sein.

Es stimmt auch, daß in der Bundeswehr auf dem Gebiet der Besoldungsstruktur und der Dienstpostenbewertung vieles noch im argen liegt. Aber Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen fest zugesagt, daß die Beförderungsmöglichkeiten vor allem der jüngeren Soldaten verbessert und die notwendigen strukturellen Maßnahmen durchgesetzt werden sollen. Daß er nicht alle Versäumnisse früherer Verteidigungsminister gewißermaßen im Handumdrehen ausgleichen kann, das wissen die führenden Funktionäre des Bundeswehr-Verbandes selbst am besten. Sie wissen auch, daß gerade dieser Verteidigungsminister, gegen den sich jetzt die öffentlichen Proteste richten, für die Verbesserung der sozialen Lage unserer Soldaten schon in einem Jahr mehr getan hat, als jeder seiner CDU- oder CSU-Vorgänger seit 1956. Der Bundeswehr-Verband wäre sicher gut beraten, wenn er auch das seinen Mitgliedern ganz deutlich machen würde.

Hartmut Miegel

+ + +

Südamerika und die Bundesrepublik

Eine nüchterne Beurteilung der realistischen Fakten

Von Joachim Raffert SPD-MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Von den Zeitbomben, deren Ticken die Zukunft der Menschheit beunruhigen muß, ist Lateinamerika die explosivste. Der Bevölkerungszuwachs der Staaten zwischen dem Rio Grande und der Magellansstraße ist stärker als der in China. Das politische Bewußtsein weiter Schichten in den Staaten Mittel- und Südamerikas ist höher entwickelt als in dem Subkontinent Indien. Die Gegensätze zwischen der herrschenden, besitzenden Klasse und der unterdrückten, besitzlosen Klasse sind dort krasser als selbst in den jungen Nationen Afrikas.

Diese Tatbestände sind im Bewußtsein selbst der interessierten Öffentlichkeit in der Bundesrepublik kaum bekannt, geschweige denn ernsthaft wahrgenommen worden. Das Scheitern legendärer Figuren wie Che Guevara, die Befestigung mehr oder weniger kaschierter Diktatoren wie in Argentinien oder Brasilien, das Spektakel der Olympischen Spiele und der Fußballweltmeisterschaften in Mexiko sowie die groteske Über- wie Unterbewertung Castro-Kubas haben uns über die Realitäten getäuscht.

Zweimal sind die Deutschen, die ihr Verhältnis zu den Staaten und Völkern dieses Teiles der Welt als "traditionell freundschaftlich" zu bezeichnen gewohnt sind, auf die Differenziertheit der tatsächlichen Gegebenheiten unter dem Kreuz des Südens in den letzten Jahren nachdrücklich hingewiesen worden: Zuerst beim Putsch der peruanischen Obristen gegen das schein-liberale Regime Belaundes und die von den der Mittelklasse angehörenden Offizieren gefürchtete Rückkehr des Sozialdemokraten Haya de la Torre sowie zuletzt beim Wahlsieg des sozialistischen Präsidenten für die Staats- und Regierungsführung in Chile, Allende.

Die Bundesregierung hat in beiden Fällen besonnen gehandelt.

Weder ist für Peru - auch nach der Enteignung der Rockefeller's - die Finanzierungshilfe gestrichen worden, noch hat das Chile Allendes restriktive Maßnahmen aus Bonn zu befürchten. Wir werden noch häufig Gelegenheit haben, mit der gleichen Geduld und Gelassenheit zu reagieren. Wer weiß, wie die Zukunft Argentiniens in den nächsten Jahren aussehen wird? Wer kann beurteilen, welchen Weg Brasilien oder gar Uruguay nehmen werden! Ein großes Fragezeichen steht auch hinter der Entwicklung Kolumbiens. Wird es dort nach dem Ende des liberal-konservativen Stillhalteabkommens zur Rückkehr der Violencia, der Gewaltanwendung, kommen?

Es ist nicht unsere Sache, in die inneren Verhältnisse dieser wie der anderen Staaten Lateinamerikas einzugreifen. Es darf auch nicht unsere Sache sein, die von der USA zwangsläufig zu räumenden Positionen einfach auszufüllen - so sehr das im Interesse unserer Exporteure und Importeure liegen würde. Wir dürfen uns auch nicht nervös machen lassen durch die gesteigerten Anstrengungen Ostberlins in Santiago di Chile oder etwa in Bogota - die DDR ist der größte Abnehmer kolumbianischen Kaffees - Fuß zu fassen.

Die Bundesrepublik hat darauf zu achten, daß ihre Beziehungen zu diesen wichtigen, zukunftssträchtigen Nationen "normal" bleiben. Dies ist auf die üblichen diplomatischen und handelspolitischen Beziehungen gemünzt und gilt auch für Kultur und Wissenschaft. Bei der Entwicklungshilfe müssen wir aber sehen, daß es politisch dumm und deshalb gefährlich wäre, wenn wir die bestehenden Strukturen als für alle Zeiten gegeben ansehen würden. Auch mit diesen Geldern ist keine Interventionspolitik zu machen. Jedoch müssen zukünftige, oft unmittelbar bevorstehende politische Veränderungen einkalkuliert und jedenfalls nicht behindert werden.

Auf diesem schmalen Grat zwischen offiziellem Respekt gegenüber dem Gewesenen und dem Bestehenden und nüchterner - nicht vorfixierter - Erwartung unvermeidlicher Veränderungen ist die Linie der bundesdeutschen Lateinamerika-Politik zu ziehen. Nur so kann das "freundschaftlich-partnerschaftliche Verhältnis" der Deutschen zu den Nationen und Völkern dieses wichtigen Kontinents erhalten bleiben.

Leistungen und Perspektiven

Ein Jahr sozialliberale Regierungsverantwortung

Karl Schiller: Wirtschafts- und Agrarpolitik

Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in der Regierungsverantwortung im Bund hatte sich in zwei Situationen großen gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts zu bewähren. Einmal 1966/67 durch die gewollte Rezession, die uns von der CDU/CSU beschert worden war; dann 1970 durch das neue Ungleichgewicht, das der sozialliberalen Bundesregierung durch die Verhinderung einer rechtzeitigen Aufwertung der D-Mark im Sommer 1969 ebenfalls von der CDU/CSU vor die Haustür gelegt worden war. Es ist uns - glaube ich - gelungen, in diesem Jahr nach und nach durch gezielte Aktionen den überschäumenden Boom mehr und mehr unter Kontrolle zu bringen.

Ich will nicht verhehlen, daß das ökonomische und soziale Gleichgewicht in unserer Gesamtwirtschaft, in unserer Gesamtgesellschaft, durch die Preisschübe zum Jahreswechsel 1969/70 wohl ebenso stark gefährdet war wie durch die Rezession 1966 - wenn auch auf andere Weise.

Nachdem sich nun im Sommer und Herbst dieses Jahres die Stabilitätskampagne der CDU/CSU und die Panikmache durch den leichtfertigen Gebrauch des Wortes Inflation überschlagen haben, ist die Oppositionspolitik ins Leere verpufft.

Man hat auch allenthalben erkannt, daß die CDU/CSU keine sachliche Alternative zu unserer Konjunkturpolitik anzubieten hat. So ist die Opposition auf eine neue Masche gekommen: Die Marktwirtschaft sei durch die Regierung in Gefahr. Ich kann dazu nur feststellen, wir haben den Boden der marktwirtschaftlichen und freiheitlichen Ordnung nicht verlassen und wir werden uns von den Grundlagen dieser Ordnung nicht abdrängen lassen. Wir wissen, daß kein anderes System zu einer besseren Wohlstandssteigerung führt als eben diese aufgeklärte Marktwirtschaft, die wir in dieser Bundesregierung verfolgen. Eine "planification en détail" nach französischem Muster, eine Beschränkung der Tarifautonomie nach dem Muster anderer Länder, eine protektionistische Handels- und Kapitalmarktpolitik - das alles kommt für uns nicht in Frage.

Ich will nicht die bekannten einzelnen konjunkturpolitischen Maßnahmen dieses Jahres aufzählen. Ich darf aber feststellen: die Beruhigung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die Auflockerung am Arbeitsmarkt setzen sich von Monat zu Monat fort, und auch bei den Preisen liegt die Beschleunigungsphase hinter uns; wenngleich wir alle wissen, daß die Preisbewegungen der Dämpfung der Nachfrage immer erst in einem zeitlichen Abstand folgen.

Zwei Beispiele für die Beruhigung im Preisbereich: Der Index der industriellen Erzeugerpreise ist im Oktober gegenüber dem Vorjahr nunmehr auf fünf vH. zurückgegangen, nachdem er in den bisherigen Monaten des Jahres 1970 zum Teil über sechs vH. lag.

Und der Index der Großhandelspreise ist von 6,1 vH. im September auf 4,4 vH. im Oktober, beides gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Wir haben das alles erreicht durch jene bekannten großen stabilitätspolitischen Aktionen in diesem Jahr:

- durch die Einsetzung einer konjunkturdämpfenden Finanzpolitik mit 2,7 Milliarden DM Haushaltskürzungen bzw. -sperren im Januar und durch die Bildung von drei Milliarden DM Konjunkturausgleichsrücklagen durch Bund und Länder zusammen;
- durch die Aussetzung der degressiven Abschreibung und durch die befristeten Vorauszahlungen zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftssteuer.

Durch diese Vorauszahlungen sind bereits über eine Milliarde DM auf dem Sonderkonto bei der Deutschen Bundesbank aufgelaufen. Über den Stand dieses Sonderkontos kann sich jeder jede Woche in dem Wochenausweis der Bundesbank der im Handelsteil unserer großen Tageszeitungen abgedruckt wird, informieren. Und dieses Sonderkonto zeigt für jeden Staatsbürger: Diese Gelder aus dem Konjunkturausschlag werden von der Bundesbank treuhänderisch für den Steuerzahler verwaltet. Sie fließen nicht in den großen Haushaltstopf des Bundes oder der Länder, und sie werden zurückgezahlt, wie das Gesetz es befiehlt.

Im Übrigen ist unsere Konjunkturpolitik in der Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Institute vom Oktober voll und ganz bestätigt worden: "Eine Förderung der Stabilisierung mit zusätzlichen binnenwirtschaftlichen Restriktionen könnte eine Gefährdung der Arbeitsplätze zur Folge haben" heißt es in diesem Gutachten. Damit wird also ganz deutlich unsere Position unterstrichen, nämlich eine vorsichtig bemessene Dämpfungspolitik, die nicht etwa die Vollbeschäftigung gefährdet. Anders war die wirtschaftspolitische Linie der CDU/CSU, die eine Zeitlang eine weit stärkere Dämpfungspolitik gefordert hat.

Unsere Perspektive für 1971 lautet: Wir müssen wirtschafts- und konjunkturpolitisch den Weg der Normalisierung weiter beschreiten und dabei sowohl den Endpunkt des Brennpunktes im Auge behalten wie einen möglichen deutlichen Wendepunkt in der Konjunktur. Zu diesem Zweck haben wir am 22. Oktober Eckwerte für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1971 vorgelegt und erläutert. Und ich betone noch einmal: Wenn sich alle - Staat, Unternehmer und Gewerkschaften - 1971 im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte halten, dann haben wir alle miteinander eine reelle Chance, 1971 in der Wiedergewinnung der Stabilität einen ganz großen Schritt voran zu kommen. Wenn man davon abweicht, werden neue Risiken für die Preisstabilität und letztlich auch für die gesamtwirtschaftliche Stabilität, für die Vollbeschäftigung in diesem Lande entstehen. Unsere Orientierungsdaten sind an alle gerichtet, nicht nur an die Arbeitnehmer. Und wenn jemand die Orientierungsdaten, die für die Effektivlöhne und -gehälter bei sieben bis acht vH. liegen - das sind freie Orientierungsdaten, die für niemand einen Zwang bedeuten - als zu niedrig kritisiert, der möge sich daran erinnern, daß in diesem Jahr die Lohnquote in unserer Gesamtwirtschaft bei

67,4 liegt, das heißt, sie ist 1970 höher als jemals zuvor in der Bundesrepublik Deutschland. Und noch eine andere Zahl: Die Nominallohnsteigerungen in diesem Jahr liegen netto bei 12 vH., und wenn man die Preissteigerung für die Lebenshaltung abzieht, sind es real noch etwa 8,2 vH. Der DGB hat zu dieser Einkommenssteigerung der Arbeitnehmer 1970 gesagt: "Der Lebensstandard der Arbeitnehmer ist 1970 in einem Umfang gestiegen, wie kaum jemals zuvor seit dem Kriege." Daran muß man sich erinnern, wenn wir sagen, daß diese Raten von 1970 im kommenden Jahr nicht wiederholt werden dürfen, wenn wir mehr Stabilität zurückgewinnen wollen.

Zu unserer mittelfristigen Perspektive möchte ich sagen: Es kann natürlich der Punkt kommen, bei dem wir sehen, daß die Konjunkturabschwächung möglicherweise doch zu weit geht. Dafür haben wir eine mittelfristige Strategie des Gegensteuerns entwickelt. D.h., wir würden dann, je nach Lage, den zu weit gehenden Nachfrageausfall kompensieren. Wenn also ein Nachfrageausfall - ich spreche nicht von den nächsten Monaten, sondern von einer späteren Zeit - im öffentlichen Bereich eintreten würde, dann könnten wir die Konjunkturausgleichsrücklage von Bund und Ländern in Höhe von drei Milliarden DM auflösen. Das ist das eine Mittel.

Und wenn wir sehen würden - auch hier spreche ich nicht von heute auf morgen, sondern für die mittlere Frist -, daß die private Nachfrage zu stark zurückgeht, dann müßten wir an die Rückzahlung des Konjunkturzuschlages denken, der sich Mitte 1971 auf etwa fünf Milliarden DM belaufen wird. Mit diesen beiden Reservemitteln sind wir für den Fall des Zuweiteruntergehens der Konjunktur gut gerüstet.

Was die ordnungspolitischen Arbeiten im Bereich der Wirtschaftspolitik angeht, will ich nur einen Punkt hier herausgreifen, der - glaube ich - zu den großen Reformvorhaben dieser Bundesregierung gehört: die Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Durch diese Novelle soll die Dynamik des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs gefördert werden. Wir wollen durch präventive Fusionskontrolle den unbegrenzten Zusammenschluß der größten Unternehmen verhindern und Gegenkräfte und Gegenmacht im Markt entwickeln. Wir wollen die Kooperation von mittleren und kleineren Unternehmen in der Industrie, in Handwerk und Handel erleichtern. Beide Koalitionspartner hatten in ihren Wahlplattformen diesen Punkt für eine Regierungsbildung vorgesehen. Und diese Reform war auch ein Punkt der Regierungserklärung von Willy Brandt am 28. Oktober vorigen Jahres.

Wir haben 1970 auch unser wirtschaftspolitisches Engagement mit anderen Staaten erweitert und vertieft. Vielleicht ist unser verstärktes Engagement in der Europäischen Gemeinschaft in der Öffentlichkeit zu wenig in Erscheinung getreten durch die Dinge, die wir in diesem Jahr mit den osteuropäischen Nachbarländern vorangebracht haben. Ich will hier nur darauf hinweisen, daß die Bundesregierung entscheidend beteiligt war an der Erarbeitung des Stufenplans für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, den Bericht der sogenannten Werner-Gruppe. Dies ist ein Dokument, das in seiner politischen Bedeutung fast an die der Römischen Verträge heranreicht. Der Stufenplan zur Wirtschafts- und Währungsunion beinhaltet die wirkliche Verschmelzung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Gemeinschaft und zugleich die schrittweise Annäherung an eine gemeinsame Währungspolitik und eine gemeinsame Währungsinheit bis zum Ende der siebziger Jahre. Wir wenden uns in dieser Bundesregierung gegen jede Verwässerung dieses Werner-Berichts, und wir sind auch der Meinung, daß diese Währungsunion der Europäischen Gemeinschaft ein Hartwährungsblock, ein Stabilitätsblock werden muß. Für

die Bundesregierung ist dies eine "conditio sine qua non" und auch der Werner-Bericht sieht darin ein politisches Ziel. Wir können in Europa nicht in eine Wirtschafts- und Währungsunion hineingehen, die sich in der Tat als Inflationgemeinschaft erweist. Deshalb wollen wir in der tatsächlichen Durchführung der Union die Voraussetzungen Stufe für Stufe überprüfen und den Zeitpunkt dann bestimmen.

Unsere Handelspolitik ist darauf gerichtet, unsere Außenpolitik zu unterstützen. Wir haben deshalb mit allen ost- und südosteuropäischen Ländern Verhandlungen über langfristige Handels- und Kooperationsabkommen aufgenommen. Für Rumänien, Polen und Ungarn sind diese Abkommen schon abgeschlossen. Wir hoffen, daß Ihnen Verträge mit der CSSR, mit der Sowjetunion und Bulgarien bald folgen werden.

Zu den Verhandlungen mit der Sowjetunion noch zwei Bemerkungen. Erstens: In den Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetunion konnte überhaupt keine Rede davon sein, daß man uns in wirtschaftlicher Hinsicht überfordern würde, und auch nicht davon, daß das deutsche Industriepotential nun übermäßig nach Osten hin orientiert werden würde. Die Regierung der UdSSR hat dies alles sehr realistisch und im Sinne einer behutsamen und stetigen Expansion der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen gesehen.

Zweitens: Auch größere Exportgeschäfte mit der Sowjetunion werden durch unsere privaten Geschäftsbanken finanziert werden müssen. Der Bund gibt dafür normale Bundesgarantien, so wie wir sie auch bei anderen Export- und Anlagengeschäften geben. Wir zahlen keine direkten oder indirekten staatlichen Zinssubventionen.

Nun ein Wort zu unserer Landwirtschaft: Wir alle wissen, daß in der deutschen Landwirtschaft durch die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung in den letzten Monaten Unruhe entstanden ist. Wenn wir aber genauer hinschauen, und das ist auch in der Agrardebatte im Deutschen Bundestag in diesen Tagen sehr deutlich geworden, so ist folgendes klar: Die landwirtschaftliche Einkommensentwicklung in diesem Jahr kann man nicht allein an den Erzeugerpreisen messen. Die Erzeugerpreise in der deutschen Landwirtschaft sind von Januar bis September des Jahres im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 1,7 vH. gesunken. Aber gleichzeitig ist der deutschen Landwirtschaft ein Einkommensausgleich nach der DM-Aufwertung gewährt worden von jährlich 1,7 Milliarden DM für vier Jahre. Das entspricht einer vorauskalkulierten Senkung der Erzeugerpreise von 8,5 vH.

Diesen Einkommensausgleich muß man 1970 und auch in den kommenden Einkommensberechnungen für die deutsche Landwirtschaft einbeziehen. Wir dürfen uns von der Opposition nicht dahin bringen lassen zu sagen, was einmal bewilligt ist - auch wenn es noch für weitere drei Jahre gilt und gezahlt wird - das ist vergessen und ist gegessen.

Im Übrigen sind wir der Meinung, daß unsere Landwirtschaft gleichermaßen am Wachstum und an der gesamtwirtschaftlichen Stabilität unserer Wirtschaft interessiert ist, und an beiden soll sie ihren Anteil haben. Die Landwirtschaft ist für uns kein Außenseiter, sondern integrierter Bestandteil unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft. Und in diesem Sinne werden wir auch für die Zukunft versuchen, den Landwirten zu helfen. Allerdings nicht allein mit dem Mittel der Agrarpreispolitik, sondern mit der Fortsetzung unserer entsprechenden Strukturpolitik und unserer sehr aktiven agraren Sozialpolitik. Das Ganze nenne ich dann Wirtschafts- und Sozialpolitik aus einem Guß.